



# **1. Aussendung**

## **Landesdelegiertenkonferenz**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen

11./12. November 2023

**OsnabrückHalle**

Schlosswall 1-9

# ***Ablauf/vorläufige Tagesordnung LDK in Osnabrück***

## **Samstag, den 11.11.2023**

13.00 Uhr Delegiertenkartenausgabe  
13.15 Uhr Neudelegiertentreffen  
13.30 Uhr Einlass in den Saal

### **14:00 Uhr Beginn der LDK**

TOP 1 | Begrüßung und Formalia

TOP 2 | Bundespolitische Rede – Omid Nouripour

TOP 3 | Leitantrag „**Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit**“

TOP 4 | Wahl Bundesfrauenrat (4 weibliche Mitglieder, eine auf Vorschlag der LAG Frauen sowie Stellvertreterinnen)

Ende am Samstag ca. 19:00 Uhr

## **Sonntag, den 12.11.2023**

ca. **9:30 Uhr Fortsetzung der LDK**

TOP 5 | Finanzen Landesverband

TOP 6 | Wahl Landesfinanzrat (sechs Mitglieder)

TOP 7 | Nachwahl Parteirat ( 1 Frauenplatz)

TOP 8 | LAGen – inkl. Satzungsänderung

- Satzungsänderung
- Neufassung LAG-Statut

TOP 9 | weitere Anträge

Ende am Sonntag voraussichtlich gegen **14:30 Uhr**

*(Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ist noch nicht endgültig)*

## **Tagungsort**

### **OsnabrückHalle**

Schlosswall 1-9  
49074 Osnabrück

## **Anfahrt**

Osnabrück erreicht man sehr gut mit der Bahn. Vom Bahnhof zur Osnabrück Halle sind es ungefähr 20 Minuten Fußweg.

Ab Hbf Mit dem Bus 21 Rg. Atterfeld oder 22 Rg. Campus Westerberg (Fahrzeit ca.6 Minuten)

<https://www.osnabrueckhalle.de/service/anreise/>

## **Übernachtung**

Wir haben ein Kontingent an Hotelzimmern für Euch blockiert. Diese Zimmer könnt Ihr über den folgenden Link buchen: <https://app.avantel.de/LDKOsnabrück2023>

Wir empfehlen Euch, sobald wie möglich Zimmer zu buchen, die Namen der Delegierten können später nachgereicht werden.

### **Jugendherberge Osnabrück**

Iburger Str. 183 a  
49082 Osnabrück  
Tel: +49 541 54284

Natürlich könnt ihr auch über die bekannten Hotelbuchungsseiten, wie z.B. [hrs.de](https://www.hrs.de), [booking.com](https://www.booking.com), ect. buchen.

## **Antragsfristen**

<https://ldk-osnabrueck-2023.antragsgruen.de/>

Redaktionsschluss für die erste Aussendung: 15. Oktober 2023

Redaktionsschluss für die zweite Aussendung: 29. Oktober 2023

Antragsschluss für eigenständige Anträge: 29. Oktober 2023

Antragsschluss für Änderungsanträge und Redaktionsschluss Tischvorlage: 05. November 2023

[Geschäftsordnung LDK | Landesverband Niedersachsen B90/DIE GRÜNEN](#)

## **Barrierefreiheit**

Der Veranstaltungsort ist barrierefrei zugänglich. Bei Bedarf an weiteren Hilfen bitten wir, uns dieses zeitnah mitzuteilen.

## **Delegiertenschlüssel**

Welcher Kreisverband wie viele Delegierte zu unserer Landesdelegiertenkonferenz schicken darf, könnt ihr unserem Delegiertenschlüssel entnehmen. Diesen könnt ihr [hier](#) herunterladen.

## **Gäste**

Wie immer sind Gäste gerne willkommen. Wir bitten darum, diese bei der Landesgeschäftsstelle anzumelden.

## **Kinderbetreuung**

Wir werden eine Kinderbetreuung ab 1 Jahr anbieten. Unsere Planung erfordert aber, dass Ihr Euch spätestens bis zum 02. November in der Landesgeschäftsstelle meldet. Wir können insbesondere für kleinere Kinder nur eine angemessene Betreuung gewährleisten, wenn wir frühzeitig wissen, mit wie vielen kleinen Kindern wir rechnen müssen.

## **Livestream**

Für Daheimgebliebene wird es wie üblich auf unserer Homepage einen Livestream vom Parteitag geben.

## **Neudelegiertentreffen**

Wie üblich werden wir wieder einen Neuentreff für die Delegierten anbieten, die zum ersten Mal an einer LDK teilnehmen und mit den Ritualen und Verfahren noch nicht vertraut sind. Das Infotreffen beginnt am Samstag um 13:15 Uhr im Foyer der Tagungshalle. Der Treffpunkt wird ausgemaldert.

## **Netzwerktreffen**

Für Netzwerktreffen stellen wir ab Samstag 12 Uhr einen Raum zur Verfügung. Bei Bedarf bitte eine Mail an Judith und Christine: [landesverband@gruene-niedersachsen.de](mailto:landesverband@gruene-niedersachsen.de)

## **Verpflegung**

Es werden ausschließlich vegetarische Speisen angeboten  
Auch ein vergünstigtes Essen, der Soli-Teller wird angeboten. Es gilt die freiwillige Selbsteinschätzung der Inanspruchnahme.

## **Awareness-Team**

Das Team bietet Unterstützung gegen Diskriminierung, übergriffiges Verhalten und sexualisierte Gewalt.

Die Erreichbarkeit (handy-Nr.) wird auf der LDK bekannt gegeben, bzw. wird auch auf der Stimmkarte angegeben sein.

## **Party**

Der Kreisverband Osnabrück organisiert für den Abend eine Party

Ort: LAGERHALLE e.V. Rolandsmauer 26 49074 Osnabrück 0541/33874-0 [www.lagerhalle-os.de](http://www.lagerhalle-os.de)

---

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen**

### **Geschäftsordnung für Landesdelegiertenkonferenzen**

#### **I. Präsidium**

1. Die Versammlung wählt zu Beginn auf Vorschlag des Landesvorstandes ein paritätisch besetztes Präsidium. In ihm sollen Landesvorstand, gastgebender Kreisverband und Landtagsfraktion vertreten sein. Der Vorschlag des Landesvorstands soll gesellschaftliche Vielfalt im Sinne des Vielfaltsstatuts widerspiegeln.
2. Wird der Vorschlag abgelehnt, muss die Versammlung durch Zuruf Personen benennen. Über jede einzelne Person wird mit einfacher Mehrheit abgestimmt.
3. Das Präsidium leitet die Versammlung unparteiisch und übt das Hausrecht aus.

#### **II. Tagesordnung**

1. Das Präsidium legt den Entwurf des Landessvorstandes für die Tagesordnung vor.
2. Die Tagesordnung muss eine klare zeitliche Festlegung für eventuelle Anträge zur Änderung der Satzung enthalten.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz entscheidet zu Beginn über die Tagesordnung. Änderungsanträge sind zulässig und werden in der Regel nach einer Pro- und Kontrarede abgestimmt. Anschließend findet eine Schlussabstimmung statt.

#### **III. Antragskommission**

1. Bei schwieriger Antragslage setzt der Landesvorstand eine Antragskommission ein.
2. Die Antragskommission prüft Anträge auf ihre formale Zulässigkeit und bringt sie in sinnvolle Zusammenhänge. Hierzu sollten grundsätzlich Treffen der Antragsteller\*innen stattfinden. Die Antragskommission darf keine inhaltlichen Empfehlungen zu Abstimmungen der Versammlung geben.

#### **IV. Mandatsprüfungskommission**

1. Für Landesdelegiertenkonferenzen, auf denen eine Liste für Wahlen gewählt wird, setzt der

Landesvorstand eine Mandatsprüfungskommission ein. In ihr soll juristischer Fachverstand vertreten sein.

2. Die Mandatsprüfungskommission prüft bei allen Delegierten das ordnungsgemäße Zustandekommen ihres Mandats. Kann die ordnungsgemäße Wahl nicht nachgewiesen werden, ist das Stimmrecht zu versagen.

## **V. Anträge**

1. Alle Anträge, auch Initiativ- und Änderungsanträge und Wahlvorschläge, werden schriftlich beim Landesvorstand eingereicht. Die Angabe enthält Name und Kreisverband der beantragenden Mitglieder und Wortlaut des Antrages.

Antragsberechtigung und Antragsfrist richten sich nach § 12 Abs. 1 der Landessatzung.

2. Änderungsanträge können bis zum Redaktionsschluss der Tischvorlage gestellt werden.

Lediglich Änderungsanträge, die sich auf modifizierte Anträge oder auf Anträge in der Tischvorlage beziehen, können noch während der Beratung des Tagesordnungspunktes eingebracht werden.

3. Initiativanträge müssen spätestens zu Beginn der Versammlung eingereicht sein. In besonders dringlichen Fällen kann davon abweichend die LDK eine Zulassung auch noch zu einem späteren Zeitpunkt beschließen. Eine derartige Dringlichkeit liegt nur dann vor, wenn das Ereignis, auf das sich der Dringlichkeitsantrag bezieht, nach dem Antragschluss eingetreten ist.

4. Finanzwirksame Beschlüsse bedürfen des Votums des Landesfinanzrates und müssen vor der Versammlung diesem vorgelegt werden.

5. Änderungsanträge sind in der Regel vor Beschlussfassung des Antrages, auf den sie sich beziehen, zu beraten und abzustimmen. Der weitestgehende Änderungsantrag ist zuerst abzustimmen. Auf Antrag ist es möglich, Anträge alternativ abzustimmen bzw. Meinungsbilder über verschiedene alternative Anträge zu erstellen. Danach folgt die Schlussabstimmung.

6. Geschäftsordnungsanträge sind sofort zu behandeln. Alles weitere regelt Punkt VI.

7. Persönliche Erklärungen sind nur am Ende eines Tagesordnungspunktes zulässig.

8. Soweit die Satzung nichts anderes vorsieht, entscheidet die Landesdelegiertenkonferenz mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei Enthaltungen als abgegebene Stimmen gelten, ungültige Stimmen hingegen nicht.

9. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Das Präsidium kann die Debatte an diesem Punkt wieder aufnehmen.

10. Soll über einen bereits abgeschlossenen Tagesordnungspunkt eine erneute Aussprache und Beschlussfassung stattfinden, ist ein Rückholungsantrag zu stellen. Dieser muss schrift-

lich beim Präsidium beantragt werden, ist sofort zu befassen, und benötigt zur Annahme die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Stimmberechtigten.

## **VI. Geschäftsordnungsanträge**

1. Das Präsidium sowie jede\*r Stimmberechtigte der Versammlung kann jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung stellen.
2. Anträge zur Geschäftsordnung sind ausschließlich solche
  - auf Nichtbefassung
  - auf Schluss der Debatte
  - auf Schluss der Redeliste
  - auf Wiedereröffnung der Debatte
  - auf Abwahl des Präsidiums oder eines seiner Mitglieder
  - auf Abwahl der Antragskommission oder eines ihrer Mitglieder
  - auf Änderung der Tagesordnung
  - auf eine Pause
  - auf Begrenzung der Redezeit
  - auf nochmalige Abstimmung
  - auf nochmalige Verlesung der zur Abstimmung anstehenden Anträge
  - auf Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - darauf, jemandem außerhalb der Redeliste oder von außerhalb der Versammlung das Wort zu erteilen
3. Ein Geschäftsordnungsantrag wird unmittelbar nach Beendigung des laufenden Redebeitrags verhandelt.
4. Zu einem Geschäftsordnungsantrag ist je eine höchstens einminütige Begründung und Gegenrede zugelassen.
5. Ein GO-Antrag ist mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen.
6. Ein GO-Antrag, der die inhaltliche Behandlung von Fragen des Themengebietes eines bereits abgeschlossenen Tagesordnungspunktes zum Ziel hat, bedarf der 2/3-Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

## **VII. Rederecht**

1. Das Präsidium kann jederzeit eine Begrenzung der Debatte nach Zeit oder Anzahl der Wortbeiträge vorschlagen. Bei Widerspruch aus der Versammlung ist über den Vorschlag abzustimmen.
2. Eine Redeliste wird nur solange fortgeführt, wie die Quotierung eingehalten werden kann.
3. Das Präsidium erteilt aufgrund der Meldungen im Rahmen einer quotierten Redeliste und unter Berücksichtigung von Beschränkungen nach Absatz 1 das Wort.

4. Jeder Antrag darf zu Beginn seiner Befassung durch die/den Antragsteller/in begründet werden. Das Recht auf Antragsbegründung kann ausschließlich durch Beschluss auf Nichtbefassung eines Antrages genommen werden.
5. Redeberechtigt im Rahmen der Redeliste sind neben den Stimmberechtigten die von einem Tagesordnungspunkt oder Antrag direkt Betroffenen. Gästen kann durch das Präsidium Rederecht erteilt werden, bei Widerspruch aus der Versammlung ist darüber abzustimmen.
6. Persönliche Erklärungen können nur zum Ende eines Tagesordnungspunktes mit einer Zeitbegrenzung von einer Minute abgegeben werden.



<b>Vorläufige Tagesordnungspunkte</b>	<b>Nummer</b>	<b>Antrag/Änderungsantrag Bewerbung</b>	<b>Antragssteller*in Bewerber*in</b>	<b>1. A. Seite</b>
Leitantrag Lavo	LeitA1	Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung	Lavo	1
Weitere Anträge	wA1	WIRKSAME MASSNAHMEN GEGEN HASS, HETZE UND ONLINE-SUCHT	KV Wilhelmshaven	11
	wA2	In Zeiten großer politischer Herausforderungen muss die politische Bildung in Niedersachsen weiter gestärkt werden!	KV Diepholz	12

## **LeitA1** Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 11.10.2023  
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag Lavo

### Antragstext

1 Die Vorgänger-Bundesregierungen haben mit ihrer Politik von vorgestern jahrelang  
2 auf fossiles Öl, Kohle und Gas gesetzt, sich in Abhängigkeiten begeben und den  
3 Ausbau der sauberen Energie und der Netze ausgebremst. Viele hunderttausend  
4 Arbeitsplätze etwa in der Wind- und Solarbranche wurden dadurch vernichtet.  
5 Gleichzeitig verschlimmern die fossile Energiekrise und die Inflation, die  
6 Putins verbrecherischer Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst hat, die  
7 Armutslage weiter. Den Preis für diese kurzsichtige Energiepolitik mussten und  
8 müssen die Bürger\*innen zahlen. Im letzten Jahr stiegen die Preise für Strom,  
9 Heizen und Lebensmittel im Rekordtempo. Viele Millionen Menschen wussten und  
10 wissen nicht, ob und wie sie ihre Heizkosten bezahlen sollen. Von Armut  
11 betroffene Menschen und insbesondere Alleinerziehende und deren Kinder treffen  
12 die Preissteigerungen besonders hart. Verunsicherungen und Angst vor immer  
13 weiteren Preissteigerungen sind die Folge.  
14 Nun haben wir Grünen den Schalter umgelegt: Die Bundes- und Landesregierung hat  
15 im Rekordtempo mit umfangreichen Hilfsprogrammen die Menschen vor steigenden  
16 Energiepreisen bewahrt und die von Putins Gazprom aufgekauften und geleerten  
17 Gasspeicher im Rekordtempo wieder aufgefüllt. Damit Energie auch in Zukunft  
18 gesichert ist und wieder bezahlbar wird, investieren wir massiv in den Ausbau  
19 der Energie aus Wind, Sonne und Erdwärme. Zugleich schaffen wir den politischen  
20 Rahmen, damit sich möglichst viele aktiv an dem Umstieg auf saubere und sichere  
21 Energie beteiligen und davon profitieren können. Wir wollen Niedersachsen zum  
22 Land der GRÜNEN Industrien und guten Arbeitsplätze mit klimaneutralem Stahl,  
23 Wärmepumpen, Elektromobilität, Speichern, Wasserstoff, Wind- und Solarenergie  
24 machen. Niedersachsen wird zum Energiewende- und Transformationsland Nr. 1 in  
25 Deutschland.

26 Wir wollen Strom und Heizen für alle Menschen bezahl- und planbar machen. Im  
27 Bund haben wir mit dem Wind-an-Land-Gesetz, der Novelle des Erneuerbaren-  
28 Energien-Gesetzes (EEG), den Solar- und Windpaketen und zahlreichen weiteren  
29 Vorgaben und Fördermaßnahmen dafür gesorgt, dass der Ausbau der Energie aus  
30 Sonne, Wind und Erdwärme endlich wieder Fahrt aufnimmt. Seit Herbst letzten  
31 Jahres gehen wir diesen Weg auch in Niedersachsen sehr konsequent: Wir werden  
32 die Windkraftfläche bis 2026 mehr als verdoppeln, die Solarenergie auf Dächern,  
33 über Parkplätzen aber auch auf der Freifläche massiv ausbauen und wir sorgen  
34 dafür, dass Niedersachsen zur Drehscheibe für grünen Wasserstoff wird.

35 Wir wollen, dass die Menschen nicht nur als Konsument\*innen von günstigen  
36 Energiepreisen der Energiewende profitieren, sondern sich auch als  
37 Produzent\*innen selbst beteiligen können. So soll ein Beteiligungsgesetz  
38 Investor\*innen verpflichten, den Bürger\*innen und den Kommunen anzubieten, sich  
39 an Windpark- und Freiflächen-PV-Projekten zu beteiligen. Mit der Task Force

40 Energiewende beschleunigen und erleichtern wir die Genehmigungen von  
41 Erneuerbaren Energien für die Bürgerinnen und Bürger. Dank grüner  
42 Regierungsbeteiligung im Bund und Land werden Balkonkraftwerke, Mieterstrom und  
43 Bürgerenergien endlich besser unterstützt.  
44 Außerdem werden wir im Land gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass die  
45 Wärmewende vor Ort umgesetzt wird. Die verlässliche Grundlage dazu bildet das  
46 Gebäudeenergiegesetz. Es sorgt dafür, dass alle, die ein Haus oder eine Wohnung  
47 besitzen, beim nächsten Heizungstausch in zukunftsfähige Anlagentechnik  
48 investieren und diese auch bezahlen können. Damit können wir das Ziel der  
49 Klimaneutralität bereits im Jahr 2040 erreichen und sorgen dafür, dass  
50 Niedersachsen zum Nachhaltigkeitspionier des Klimaschutzes wird.

### 51 **Auf die Kommunen kommt es an**

52 Wir GRÜNEN setzen die Energiewende vernetzt um – zum Wohle der Menschen und der  
53 Wirtschaft zwischen Harz und Heide. Die Weichen für eine klimaneutrale und  
54 bezahlbare Energieversorgung der Zukunft stellen zwar der Bund und das Land,  
55 aber das Umsetzen geschieht in den Kommunen. Den Umfang historisch zu nennen, in  
56 dem unsere Städte, Gemeinden und Landkreise für das Gelingen der Energiewende  
57 und damit für eine der zentralen Aufgaben der Gegenwart Verantwortung tragen,  
58 ist wahrlich keine Übertreibung: Sie sind es, die die Standorte abgrenzen und  
59 ausweisen müssen, um die Windkraftfläche in Niedersachsen wie geplant zu  
60 verdoppeln. Die Kommunen müssen die Gebiete für den Bau von Freiflächen-PV  
61 ausweisen und die Bürger\*innen am Ausbau der Erneuerbaren beteiligen – um für  
62 die nötige Akzeptanz zu sorgen und regionale Wertschöpfung zu steigern. Die  
63 größte kommunale Aufgabe besteht jedoch darin, die Wärmewende voranzutreiben.  
64 Dabei ist die kommunale Wärmeplanung nur der erste Schritt: Es müssen Nah- und  
65 Fernwärmenetze geplant, gebaut und mit erneuerbaren Energien betrieben und der  
66 Ausstieg aus dem Gasnetz geplant werden. Um die kommunale Ebene bei dieser  
67 riesigen Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, starten wir GRÜNE heute die Aktion  
68 „Energiewende vor Ort gestalten“. Unser Ziel ist es, eine Plattform zu schaffen  
69 für den Erfahrungsaustausch und schnellen Wissenstransfer zwischen dem Bund, dem  
70 Land und den Kommunen.

### 71 **Die Energiewende stärkt unsere Demokratie**

72 Funktionierende Demokratien brauchen eine stabile und sichere Energieversorgung.  
73 Deswegen strebt die niedersächsische grüne Energiewende nicht nur Energie-  
74 Sicherheit und Energie-Unabhängigkeit an, sondern auch eine bezahlbare,  
75 nachhaltige und vor allem eine demokratische Energieversorgung. Demokratische  
76 Energieversorgung bedeutet eine allen zugängliche, für alle bezahlbare und  
77 sichere Versorgung mit Energie. Eine zweite Ebene der demokratischen  
78 Energieversorgung – die uns besonders wichtig ist – meint jedoch noch etwas  
79 anderes: Bei der Umsetzung der Energiewende sind alle gesellschaftlichen Akteure  
80 und insbesondere die Menschen vor Ort gefragt, sich einzubringen. Es geht dabei  
81 um die Möglichkeit, sich individuell zu beteiligen, etwa bei Abstimmungen über  
82 einen Standort für Windenergieanlagen in der Gemeinde oder durch das direkte  
83 Beteiligen an einer Anlage, die Energie erzeugt. Wo früher wenige  
84 Energieversorger\*innen, die Bürger\*innen, das Gewerbe und die Industrie mit  
85 Strom und Wärme versorgt haben, sind heute verschiedene Akteur\*innen aktiv:  
86 Unternehmen, aber vor allem auch Privatpersonen, die mit Bürgersolaranlagen oder  
87 einer eigenen PV-Anlage auf ihrem Wohnhaus aktiv selber Energie erzeugen und  
88 damit die Energiewende mitgestalten.  
89 Obwohl wir über innovative technologische Lösungen verfügen, braucht es für eine  
90 vollständige gelungene Transformation eine breite Akzeptanz und die Möglichkeit,

91 mitzuwirken. Es geht vor Ort vor allem um Fragen des Standorts, ob die  
92 Windanlage im Wald oder auf dem Feld neben dem eigenen Hause stehen soll, welche  
93 Größe vertretbar ist Anwohner\*innen sollen sich mit ihren Sorgen gehört und  
94 ernst genommen fühlen. Wir setzen uns für transparente und frühzeitige  
95 Bürger\*innenbeteiligungen ein. Für Konfliktfälle wollen wir eine Ombudsstelle  
96 ins Leben rufen, die zwischen Anwohnern\*innen, Umweltverbänden und den  
97 Vorhabenträger\*innen vermittelt.

98 Die innovativen technologischen Fortschritte, die Veränderungen auf den  
99 Energiemärkten und vor allem der Klimawandel führen dazu, dass mehr Bürger\*innen  
100 sich an der Energiewende beteiligen wollen. Das zeigt: die sozialen Aspekte der  
101 grünen Transformation sind zugleich zutiefst politisch. Deswegen setzen wir uns  
102 in Niedersachsen für eine starke Demokratisierung der Energieversorgung und  
103 stärken Bürgerenergiegenossenschaften und kommunale Stadtwerke .

#### 104 **Die Energiewende sichert unseren Wohlstand**

105 In der aktuellen Phase wirtschaftlicher Schwäche erleben wir die Folgen einer  
106 ausgebliebenen Modernisierung unseres Wirtschaftsmodells. Statt in  
107 ressourcenschonende Zukunftstechnologien zu investieren, haben vergangene  
108 Regierungen zu lange auf alte Geschäftsmodelle gesetzt, die wesentlich auf  
109 fossilen Rohstoffen beruhen, insbesondere auf Erdöl und Erdgas. Seit dem Beginn  
110 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sehen wir uns deshalb zunehmend  
111 einem zuvor kaum vorstellbaren wirtschaftlichen Anpassungsdruck ausgesetzt. Den  
112 Preis dafür zahlen gerade insbesondere energieintensive Industrien, aber auch  
113 die Automobilindustrie, die zu lange die Augen vor dem absehbaren Siegeszug der  
114 Elektromobilität verschlossen hat und nun droht, den Anschluss zu verlieren.  
115 Um unsere Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft zu erhalten und damit Wohlstand und  
116 Arbeitsplätze zu sichern, müssen wir deshalb 1. die begonnene wirtschaftliche  
117 Modernisierung entschieden weiter vorantreiben, 2. Unternehmen Brücken in der  
118 Transformation bauen, um den Verlust wirtschaftlicher Strukturen zu vermeiden  
119 und 3. betroffenen Arbeitnehmer\*innen in der Phase der Unsicherheit eine klare  
120 Perspektive bieten.

121 Den Menschen Sicherheit geben – die Transformation aktiv unterstützen  
122 Klimaschutz ist ein Konjunkturprogramm insbesondere für unsere mittelständische  
123 Wirtschaft, die Industrie und das Handwerk: Windkraft- und Solaranlagen müssen  
124 produziert, errichtet, gewartet und gemanaget, Fernwärme- und Stromnetze müssen  
125 ausgebaut und betrieben werden. Ohne eine starke Wirtschaft mit gut  
126 ausgebildeten Mitarbeiter\*innen wird das nicht gelingen. Daher hat das Land eine  
127 Fachkräfteinitiative gerade für die grünen Berufe gestartet. Wer früher noch Öl-  
128 und Gas-Heizungen einbaute, wird jetzt auf Wärmepumpen umgeschult. Wer bislang  
129 Dieselmotoren produziert hat, produziert in Zukunft Windräder und Solarmodule.  
130 Insgesamt bieten die Energiewende und Transformation viele neue  
131 Beschäftigungsmöglichkeiten in Zukunftsbranchen, die auch Exportmärkte  
132 erschließen. Das bedeutet: Beschäftigte werden sich aufgrund des  
133 Transformationsprozesses im Laufe ihres Erwerbslebens umstellen müssen. Damit  
134 das möglich ist, brauchen Beschäftigte eine ausreichende Weiterbildungszeit, in  
135 der sie bemessen an ihrem bisherigen Einkommen finanziell abgesichert sind.  
136 Deshalb unterstützen wir die Pläne der Ampelkoalition im Bund zur Einführung  
137 einer einjährigen Weiterbildungszeit. Zudem macht der kontinuierliche Wandel der  
138 Arbeitswelt eine kontinuierliche Folgenabschätzung unabdingbar. Deshalb werden  
139 wir gemeinsam mit den Sozialpartner\*innen sowohl landesweit wie auch regional  
140 Transformationsbeiräte einrichten, die die Entwicklung ständig im Blick haben  
141 und gemeinsam mit den Betroffenen geeignete Formate für Weiterbildungs- und

142 Unterstützungsmaßnahmen entwickeln.

143 Unserer Wirtschaft eine Brücke bauen

144 Der Grundsatz „Industrie folgt Energie“ gilt immer noch und deshalb hat die  
145 niedersächsische Landesregierung bereits sehr früh das Modell eines Brücken-  
146 oder Transformationsstrompreises entwickelt. Dieser soll Betrieben, die sich auf  
147 den Weg der Klimaneutralität begeben oder Zukunftsbranchen wie der Solar- oder  
148 Batterieproduktion die Wettbewerbsfähigkeit sichern, bis der Ausbau der  
149 Erneuerbaren weiter fortgeschritten ist und die Preise wieder sinken. Dieses  
150 Modell wird inzwischen grundsätzlich auch von Gewerkschaften wie  
151 Arbeitgeberverbänden gefordert. Der möglichst rasche Ausbau der sauberen  
152 Energien ist für den Erfolg des Transformationsstrompreises entscheidend. In den  
153 Genuss von den Steuerzahler\*innen vorübergehend subventionierter Energie dürfen  
154 konsequent nur solche Industriebetriebe kommen, die aktiv zur Transformation hin  
155 zu einem nachhaltigen Wirtschaften beitragen. Dazu zählt zum Beispiel das  
156 Bereitstellen von kostengünstiger erneuerbarer Energie oder das Investieren in  
157 energiesparende Produktionsverfahren. Damit die niedersächsischen  
158 energieintensiven Industrien wie Salzgitter-Stahl oder VW zukunfts- und  
159 wettbewerbsfähig bleiben und zugleich ihren Umbau hin zu einer klimaneutralen  
160 Produktion vorantreiben können, brauchen sie endlich Planungssicherheit – die  
161 der Industriestrompreis bietet. Er darf jedoch kein Freibrief dafür sein, sich  
162 zurückzulehnen und den Status Quo beizubehalten. Er muss entsprechend zeitlich  
163 begrenzt sein. Eine Brücke ins Nirgendwo lehnen wir ab.

164 Die Energiewende in Europa - eine Chance für Niedersachsen

165 Energie entwickelt sich mehr und mehr zu einem entscheidenden Standortfaktor.  
166 Vor allem die Industrie braucht Strom und Wärme, die kostengünstig und  
167 verlässlich verfügbar sind. Außerdem benötigt sie Ausgangsstoffe für viele  
168 industrielle Prozesse wie Wasserstoff oder Ammoniak, die in Zukunft mit grünem  
169 Strom hergestellt werden. Hierin liegen große Chancen für Niedersachsen. Wir  
170 begrüßen die Vorhaben großer Niedersächsischer Unternehmen wie Volkswagen oder  
171 der Salzgitter AG, sich neue, nachhaltige Geschäftsmodelle zu erschließen und  
172 wollen auch andere Unternehmen auf diesem Weg unterstützen. Deshalb ist es  
173 wichtig, dass die neue Landesregierung, die Finanzierung für solche Vorhaben  
174 verbessern und die NBank zu einer echten Investitionsbank weiterentwickeln will.  
175 In Niedersachsen vereinen sich große Potenziale zum Erzeugen und Speichern von  
176 Energie aus Sonne und Windkraft. Darüber hinaus verfügt Niedersachsen über  
177 leistungsfähige Häfen, die wir zur europäischen Drehscheibe ausbauen wollen: für  
178 das Importieren regenerativ erzeugter Energie und als Basis für den Ausbau der  
179 Offshore Windenergie. Der „Initiative European Hydrogen Backbone“ zufolge spielt  
180 Niedersachsen zudem als wichtiger Verbindungsknoten der europäischen  
181 Wasserstoff-Transportinfrastruktur eine strategische Rolle. Allerbeste  
182 Standortbedingungen also.

183 Wir unterstützen deshalb nach Kräften die Pläne, Wilhelmshaven zum Zentrum des  
184 Imports und zu einem Hotspot der Produktion von grünem Wasserstoff zu  
185 entwickeln. Denn in Wilhelmshaven haben wir mit dem einzigen deutschen  
186 Tiefwasserhafen, den nahen, auf Wasserstoff umrüstbaren Kavernenspeichern in  
187 Etzel und in der Krummhörn, sowie mit der im Genehmigungsverfahren befindlichen  
188 Anbindung an die Offshore-Windkraftwerke die allerbesten Voraussetzungen. Wir  
189 unterstützen die Entwicklung Cuxhavens zum bedeutendsten Basishafen und Emdens  
190 als wichtigen Servicehafen für den Ausbau der Offshore-Windenergie in der  
191 deutschen Nordsee. Damit unsere heimische Wirtschaft vom schnellen Ausbau der  
192 Erneuerbaren profitiert, wollen wir Unternehmen den Zugang zu günstigem,

193 regional erzeugten erneuerbaren Strom, erleichtern. Daher setzen wir uns für  
194 Vereinfachungen bei Direktlieferverträgen (PPA) insbesondere im Hinblick auf  
195 hohe Durchleitungsgebühren Netzentgelte ein. Auch das Handwerk, das mit seinen  
196 kleinen und mittelständischen Betrieben Rückgrat unserer Wirtschaft ist, ist bei  
197 der Umsetzung der Energiewende sehr zentral. Wir GRÜNEN stehen dafür,  
198 Niedersachsens günstige Standortbedingungen zu nutzen. Um die Energiewende und  
199 den Transformationsprozess unserer Wirtschaft zu beschleunigen, hat unser  
200 Umweltminister Christian Meyer eine Task-Force Energiewende gegründet, in der  
201 die Expert\*innen der verschiedenen Ministerien und wesentliche gesellschaftliche  
202 Akteur\*innen zusammenarbeiten.

### 203 **Klimaziele erreichen – Bauen und sparen**

204 Die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen haben in Niedersachsen im Jahr 2022 einen  
205 neuen Tiefstand erreicht. Zwischen 1990 und 2022 sind diese von 76,8 Millionen  
206 Tonnen Kohlenstoffdioxid um fast 28 Prozent auf 55,4 Millionen Tonnen gesunken.  
207 Für unser Ziel der Reduzierung um 75 Prozent bis 2030 müssen wir unsere  
208 Anstrengungen aber deutlich erhöhen. Nur der massive Ausbau der erneuerbaren  
209 Energien und vermehrte Anstrengungen zur Energieeffizienz und Energiesparen  
210 machen die Klimaziele erreichbar.

### 211 Wir verdoppeln die Windkraftfläche

212 Wir GRÜNE zeigen, wie die Energiewende unsere Wirtschaft und unsere Demokratie  
213 stärkt. Mit uns Grünen bleibt Niedersachsen Windland Nr. 1. Wir werden die mit  
214 Windkraftanlagen bebaubare Fläche in Niedersachsen bis 2026 mindestens  
215 verdoppeln. Dafür bekommt jeder Träger der Regionalplanung – also Landkreise,  
216 kreisfreie Städte, die Region Hannover und der Großraum Braunschweig – vom Land  
217 eine konkrete Flächenvorgabe, welchen Anteil der öffentlichen Flächen für die  
218 Nutzung von Windenergie mindestens bereitzustellen sind. Gleichzeitig achten wir  
219 darauf, dass niemand überfordert wird. Es wird trotz der ambitionierten Vorgaben  
220 überall Spielräume geben für eigene, regionalspezifische Standortkriterien für  
221 den Ausbau der Windenergie. Um die Menschen vor Ort bestmöglich am  
222 Windkraftausbau zu beteiligen, treten wir dafür ein, die Bürger\*innen intensiv  
223 bei den Standortentscheidungen vor Ort einzubeziehen. Und auch in Niedersachsen  
224 läuft der Windturbo bei Bau und Genehmigungen. In diesem Jahr wurden bis August  
225 2022 in Niedersachsen bereits 88 Windkraftanlagen neu ans Netz genommen und 130  
226 weitere genehmigt.

227 Im Bund haben wir GRÜNEN mit klaren Regeln dafür gesorgt, dass  
228 Genehmigungsverfahren für neue Windparks beschleunigt werden. Im Land und in den  
229 Kommunen treten wir dafür ein, dass diese rechtlichen Möglichkeiten auch genutzt  
230 werden: Kein Genehmigungsverfahren zum Bau neuer oder zum Repowering bestehender  
231 Windparks darf länger als zwei Jahre dauern. Wir wollen die regionalen  
232 Genehmigungsbehörden aktiv unterstützen die Verfahren zu beschleunigen. Hierfür  
233 haben wir eine Servicestelle Erneuerbare Energie geschaffen, die auch die  
234 Kommunen bei Genehmigungsfragen berät. Aktuell erleben wir zudem, dass  
235 Neubauprojekte deshalb stocken, weil Schwertransportgenehmigungen der  
236 zuständigen Bundesbehörde monatelang auf sich warten lassen. Wir fordern daher,  
237 die Genehmigungszeiträume für Schwertransporte innerhalb von maximal vier Wochen  
238 zu erteilen. Bisher werden Regionen, die ihrer Verantwortung für den Ausbau der  
239 Windenergie in besonderer Weise gerecht werden, dafür mit höheren Netzentgelten  
240 „bestraft“. Wir GRÜNEN treten deshalb im Bund und im Land dafür ein, Regionen,  
241 die die Windkraft stark ausbauen, mit einer Senkung bei den Netzentgelten zu  
242 belohnen.

### 243 Wir zünden den Solar-Turbo

244 Im Bund hat Robert Habeck dafür gesorgt, die Einspeisevergütung für Dach-  
245 Photovoltaik-Anlagen auf ein Niveau anzuheben, das Anreize für die Investition  
246 bietet. Gleichzeitig sind bürokratische und steuerliche Hürden beim Ausbau der  
247 Photovoltaik (PV) endlich abgeräumt. Die Erleichterungen gelten nicht zuletzt  
248 für sogenannte Balkonanlagen, die es auch Mieter\*innen ermöglichen, selbst  
249 kostengünstig Strom zu erzeugen. Zudem sind Balkonkraftwerke auch für  
250 Immobilieneigentümer\*innen oft der Auslöser für die Investition in eine PV-  
251 Anlage auf dem eigenen Dach. Auf Bundesebene haben wir GRÜNEN zudem dafür  
252 gesorgt, dass Freiflächen-PV-Anlagen entlang von Autobahnen und mindestens  
253 zweigleisigen Schienenwegen als baurechtlich privilegierte Anlagen mit  
254 vereinfachten Genehmigungsverfahren gebaut werden. In Niedersachsen werden wir  
255 mit einer Novelle des niedersächsischen Klimagesetzes den Bau von PV-Anlagen auf  
256 Neubauten, bei Dachsanierungen und über Parkplätzen ab 25 Stellplätzen  
257 verpflichtend machen. Damit haben wir bundesweit dafür gesorgt, dass im laufenden  
258 Jahr bis zum 1. Oktober PV-Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als  
259 neun Gigawatt neu gebaut wurden. Das bisherige Rekordjahr des PV-Ausbaus 2011 mit  
260 7,5 Gigawatt wird somit in diesem Jahr weit übertroffen werden. Um künftig noch  
261 schneller noch mehr klimaneutralen Solarstrom zu produzieren, setzen wir uns für  
262 einen Abbau rechtlicher Hürden beim bidirektionalen Laden von E-Autos, für eine  
263 Gleichstellen von PV-Anlagen mit Eigenversorgung mit reinen Einspeiseanlagen und  
264 für eine Abschaffung des 70%-Deckels bei der Einspeisung aus Bestandsanlagen  
265 ein. Die Netzbetreiber wollen wir verpflichten, den Netzanschluss spätestens  
266 einen Monat nach Anmeldung der Anlage sicherzustellen.

### 267 Energiewende in Bürger\*innenhand

268 Die Energiewende vor Ort gehört auch in die Hand der Bürger\*innen. Deshalb  
269 werden wir mit einem Landesgesetz die Beteiligung der Bürger\*innen und/oder der  
270 Kommunen bei allen neuen Windparks und Freiflächen-PV-Anlagen verpflichtend  
271 machen. Auch in unseren Städten und Gemeinden sind es Grüne Rats- und  
272 Kreistagsmitglieder, die sich dafür stark machen, Energiegenossenschaften zu  
273 gründen und die Kommunen oder kommunalen Unternehmen an Windkraft- und PV-  
274 Projekten zu beteiligen. Damit schaffen wir Akzeptanz für die Energiewende,  
275 stärken den ländlichen Raum und erhöhen die Wertschöpfung vor Ort.

### 276 Sparen – die wichtigste Ressource

277 Die wichtigste Ressource für den Klimaschutz ist das Energiesparen. Deshalb hat  
278 der Deutsche Bundestag auf Initiative von Robert Habeck am 21. September 2023  
279 das Energieeffizienzgesetz beschlossen, mit dem erst mal ein klares Einsparziel  
280 von jährlich 500 Terrawattstunden bis 2030 festgeschrieben wird. Mit diesem  
281 Gesetz werden auch Länder und Kommunen zu konkreten jährlichen  
282 Energieeinsparungen verpflichtet. Das werden wir mit einem Energie- und  
283 Umweltmanagementsystem für landeseigene Gebäude umsetzen. Alle Kommunen sind  
284 aufgrund des Niedersächsischen Klimagesetzes verpflichtet, erstmals für das Jahr  
285 2022 den Energieverbrauch ihrer Gebäude zu ermitteln und in einem Energiebericht  
286 darzustellen. Wir werden die Energieberichte nutzen, um konkrete Einsparziele zu  
287 setzen, denn die Erfahrung lehrt, dass vor allem in öffentlichen Gebäuden  
288 relativ leicht 20 Prozent des Energieeinsatzes durch Gebäudemanagement und  
289 gering investive Maßnahmen eingespart werden können.

### 290 Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe

291 Mit dem neuen rot-grünen Klimaschutzgesetz machen wir Klimaschutz zur  
292 Pflichtaufgabe, nicht nur bei Erstellung von Wärmeplänen, sondern auch bei der  
293 Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Dazu erhöht das Land im Rahmen der

294 Konnexität dauerhaft die Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte.  
295 Auch für die Unterstützung kleinerer Kommunen bei Klimaschutzfördermaßnahmen  
296 gibt es ab 2024 erstmals finanzielle Zuschüsse, damit die Kommunen mehr in  
297 Klimaschutz und Energieeinsparung investieren.

### 298 **Wir setzen die Wärmewende vor Ort um**

299 Am 8. September 2023 haben wir GRÜNEN in Regierungsverantwortung im Bund dafür  
300 gesorgt, dass mit der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) die  
301 entscheidenden Weichen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung gestellt werden.  
302 Damit gehen wir die Mammutaufgabe endlich an, den Wärmesektor klimaneutral  
303 umzugestalten. Das ist vor allem auch deshalb dringend nötig, weil er deutlich  
304 mehr als die Hälfte unseres Energieverbrauchs ausmacht, von dem weniger als 20  
305 Prozent aus regenerativen Quellen gedeckt wird. Mit einer sozial gestaffelten  
306 staatlichen Förderung von bis zu 70 Prozent der Umbaukosten sorgen wir dafür,  
307 dass Hauseigentümer\*innen beim Umbau ihrer Heizungsanlage massiv unterstützt  
308 werden. Großzüge Übergangsfristen für Bestandsgebäude und das Koppeln an die  
309 kommunale Wärmeplanung schaffen frühzeitig Planungssicherheit für die  
310 Bürger\*innen auch für den Fall, dass die eigene Heizung unreparierbar defekt  
311 ist. Mit einer kostenlosen verpflichtenden Energieberatung im Falle des Kaufs  
312 oder der Renovierung eines Ein- oder Zweifamilienhauses sorgen wir auch  
313 innerhalb der Übergangsfristen dafür, dass Eigentümer\*innen bei  
314 Investitionsentscheidungen nicht in eine Kostenfalle steigender Gaspreise  
315 geraten. Denn da sich künftig die Kosten für das Gasverteilernetz auf immer  
316 weniger Haushalte verteilen, die noch mit Erdgas heizen, werden die  
317 Energiekosten entsprechend steigen. Grundlage dafür ist das Zusammenspiel von  
318 sinkender Gasnachfrage, gleichzeitig steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen und den wachsenden  
319 Kosten für das Gasverteilernetz.

### 320 Mit ökonomischer und ökologischer Vernunft

321 Das GEG gibt das Ziel vor, beim Heizen mindestens 65 Prozent aus erneuerbarer  
322 Energie zu nutzen. Als Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses lässt das GEG  
323 offen, wie dieses Ziel erreicht wird. Wir setzen vor allem auf die mit  
324 erneuerbaren Energien betriebene Wärmepumpe und intelligente Ab- und  
325 Fernwärmekonzepte. Andere Alternativen wie Holzheizungen, Biomethan oder auch  
326 der Einsatz von grünem Wasserstoff mögen in besonderen Einzelfällen zum Einsatz  
327 kommen. Gleichwohl sind alle diese Alternativen knapp und mindestens auf die  
328 Dauer sehr teuer. Deshalb werden wir GRÜNE im Bund, im Land und vor allem in den  
329 Kommunen dafür sorgen, dass Holz, Methan und Wasserstoff nur dort zu  
330 Heizungszwecken eingesetzt werden, wo es dazu keine sinnvolle Alternative gibt.  
331 Holz ist knapp und deshalb werden schon heute angeblich klimaneutrale  
332 Holzpellets aus gesunden rumänischen Urwaldbäumen produziert. Auch den Umstieg  
333 von Kohlekraftwerken auf Holzkraftwerken aus Importholz wie in Wilhelmshaven  
334 lehnen wir weiter ab. Der Biodiversität, aber auch dem Klimaschutz wird damit  
335 ein Bärendienst erwiesen. Deshalb treten wir dafür ein, Holz als Brennstoff nur  
336 in dem Umfang einzusetzen, in dem es in heimischen Wäldern als Rest- und  
337 Schadholz dauerhaft anfällt. Maßgeblich sind dabei unsere Ziele für einen  
338 naturnahen Umbau unserer Wälder. Auch das Produzieren von Biomethan ist nur  
339 begrenzt möglich. Grund sind die zur Verfügung stehenden begrenzten Flächen, auf  
340 denen eine nachhaltige Landwirtschaft sowohl die Ernährung sichern soll als auch  
341 für eine arten- und abwechslungsreiche Kulturlandschaft sowie für den Ausbau der  
342 erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen. Statt Biomethan zum Heizen zu  
343 verbrennen, kann es zudem viel effizienter als Treibstoff eingesetzt werden,  
344 etwa im Schwerlasttransport oder in der Landwirtschaft, wo Verkehrsträger bisher



345 kaum oder nur schwer elektrifizierbar sind. Gleiches gilt für grünen, aus  
346 sauberen Energien hergestellten Wasserstoff. Wasserstoff ist der Champagner der  
347 Energiewende: aufwändig in der Produktion und teuer. Dennoch brauchen wir ihn  
348 dringend, um industrielle Prozesse in der Stahl-, Chemie- oder Zementindustrie  
349 zu dekarbonisieren. Um Wasserstoff – von Ausnahmen abgesehen – zum Erzeugen von  
350 Wärme einzusetzen, ist er zu knapp und zu teuer. Deshalb ist es ein Trugbild,  
351 wenn leider inzwischen auch Energieversorger behaupten, man könne Erdgas in den  
352 bestehenden Leitungen einfach nur durch Biomethan oder Wasserstoff ersetzen. Dem  
353 treten wir entschieden entgegen.

354 Der Treiber für smarte, resiliente und digitalisierte Energiesysteme sind die  
355 Daten. Die Kommunen haben Zugang zum Datenschatz, der das Grundgerüst für die  
356 grüne Transformation ist. Die Herausforderung liegt darin, die Privatsphäre und  
357 Selbstbestimmung der „Prosumers“ – also der Verbraucher\*innen, die Energie  
358 sowohl verbrauchen als auch selber herstellen – zu achten und zugleich klare  
359 Regeln zu schaffen, um einen fairen Wettbewerb für alle zu ermöglichen.

#### 360 Wärmeinfrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge

361 Trotz massiver staatlicher Förderung ist und bleibt der klimaneutrale Umbau der  
362 Wärmeversorgung vor allem für private Eigentümer\*innen von Häusern und Wohnungen  
363 eine erhebliche Investition. Diese Investition zu stemmen, wird vor allem für  
364 viele ältere Menschen ein Problem werden, deren Häuser und Wohnungen nicht den  
365 neueren energetischen Standards entsprechen. Sie werden vielfach Mühe haben,  
366 dafür bei ihrer Bank noch einen Kredit zu bekommen – obwohl sich die Investition  
367 durch Heizkostensparnisse wirtschaftlich rentiert. Wir brauchen zudem neben  
368 der Stärkung des sozialen Wohnungsbaus auch eine soziale Wärmewende, die gezielt  
369 einkommensschwache Haushalte beim Klimaschutz unterstützt.

370 Wir GRÜNE treten dafür ein, überall dort, wo eine zentrale Wärmeversorgung in  
371 Form von Fern- oder Nahwärme oder mit dezentralen Quartierslösungen technisch  
372 und wirtschaftlich möglich ist, diese auch zu realisieren. Für uns ist die  
373 Wärmeinfrastruktur – soweit realisierbar – Teil der öffentlichen  
374 Daseinsvorsorge, für deren Bereitstellung die Kommunen in der Verantwortung  
375 stehen.

#### 376 Wärmeversorgung in kommunaler Hand

377 Die zentrale Wärmeversorgung in Form von Fern- oder Nahwärme gehört in die Hand  
378 der Kommunen, die diese selbst oder über ein kommunales Unternehmen aufbauen und  
379 betreiben. Seinen Strom- und Gasversorger kann man leicht wechseln, den  
380 Wärmeversorger nicht, denn Wärme ist nicht über weitere Strecken  
381 transportierbar. Dadurch sind die Marktmechanismen im Bereich der zentralen  
382 Wärmeversorgung weitgehend außer Kraft gesetzt. Nur mit einer demokratisch  
383 kontrollierten Wärmeversorgung in kommunaler Hand schützen wir die Bürger\*innen  
384 bestmöglich vor den Profitinteressen privater Unternehmen. Für viele kleinere  
385 Stadtwerke wie auch für noch zu gründende kommunale Wärmeversorger sind die  
386 hohen Investitionskosten zum Aufbau einer regenerativen Wärmeversorgung samt  
387 Leitungsnetzen eine Herausforderung. Deshalb stehen wir auf der Bundesebene  
388 dafür ein, die bisher hohen Förderquoten für das Planen und Aufbauen der  
389 kommunalen Wärmenetze mindestens beizubehalten. Von Seiten des Landes wollen wir  
390 die Investitionen kommunaler Energieversorger in eine neue Wärmeinfrastruktur im  
391 Bedarfsfall mit Bürgschaften absichern. Für viele Kommunen ist es häufig schwer,  
392 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wenn sie zugleich massiv in  
393 Klimaschutzmaßnahmen investieren. Wir treten in der Landesregierung dafür ein,  
394 die Anforderungen des Landes an die Kommunen in diesen Fällen zu lockern. Dessen  
395 ungeachtet gilt grundsätzlich: Zur Bewältigung der Investitionen in die

396 Transformation der Wärmeversorgung sind die niedersächsischen Kommunen bisher  
397 finanziell nicht ausreichend ausgestattet. Das hat jüngst auch die Bertelsmann-  
398 Stiftung in ihrem Kommunalreport festgestellt: „In vielen Kommunen  
399 Niedersachsens sind die finanziellen Grundlagen der Nachhaltigkeits-  
400 Transformation nicht gegeben“ heißt es dort. Deshalb treten wir dafür ein den  
401 kommunalen Finanzausgleich für die niedersächsischen Kommunen in den kommenden  
402 Jahre sukzessive mindestens auf den Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer  
403 anzuheben – bisher liegt er um 7% oder rund 800 Mio. Euro jährlich darunter.  
404 Darüber hinaus ist es erforderlich, die Investitionen insbesondere der kleineren  
405 kommunalen Energieversorger in die kommunale Wärmeversorgung über  
406 Landesbürgschaften abzusichern, auch dafür treten wir GRÜNEN in Niedersachsen  
407 ein.

408 Kerntechnologie der Wärmewende in Niedersachsen ist Geothermie  
409 Neben der Abwärme aus industriellen Prozessen, aus Rechenzentren, aus  
410 Hauptleitungen der kommunalen Kanalisation und aus Kläranlagen steht als  
411 effiziente Wärmequelle für die zentrale Wärmeversorgung in allererster Linie die  
412 Geothermie zur Verfügung. Laut des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie  
413 sind die Potenziale für oberflächennahe Geothermie an fast jedem Standort in  
414 Niedersachsen vorhanden. Erdwärme liefert ab 15 Meter Tiefe konstant eine  
415 Temperatur von etwa zehn Grad. Erdwärmekollektor- und Erdwärmesondensysteme sind  
416 in Niedersachsen fast überall einsetzbar. In Verbindung mit der Wärmepumpe  
417 erreichen wir eine sehr effiziente, günstige und nachhaltige Wärme. Gleichzeitig  
418 entlasten wir die Niederspannungsnetze und sparen viele Investitionen für den  
419 Ausbau der Stromnetze. Ein weiterer Vorteil: Erdwärme ist nicht nur zum Heizen  
420 sondern auch zum Kühlen einsetzbar. Die aufgrund der weltweiten Klimakrise stark  
421 steigenden Temperaturen im Sommer, wird den Bedarf an Kühlung und Strom für  
422 elektrische Klimaanlage auch bei uns in Deutschland steigen lassen. Deswegen  
423 setzen sich die GRÜNEN in den niedersächsischen Kommunen dafür ein, die  
424 Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und den Einsatz der oberflächennahen  
425 Erdwärme zu fördern.

426 Genehmigungen vereinfachen  
427 Insbesondere im Bereich des norddeutschen Beckens, das sich über große Teile  
428 Niedersachsens erstreckt, sind die geologischen Ausgangsbedingungen günstig, um  
429 die mitteltiefe Geothermie aus 400 bis 1.000 Metern Tiefe zu nutzen. Auch die  
430 tiefe Geothermie unterhalb von 1.000 Metern ist grundsätzlich gut nutzbar.  
431 Gleichwohl gibt es ein gewisses Fündigkeitsrisiko bei entsprechenden Vorhaben.  
432 Wir GRÜNE stehen dafür ein – wie bereits von unserem Umweltminister Christian  
433 Meyer in Bad Bevensen und Munster praktiziert – die Fündigkeitsrisiken  
434 kommunaler Unternehmen bei geothermischen Bohrungen mit bei Erfolg rückzahlbaren  
435 Klimaschutzmitteln abzusichern. Und wir unterstützen die Forderung der  
436 Energieministerkonferenz nach einem revolvierenden Bundesfonds zur Absicherung  
437 von Tiefengeothermieprojekten. Geothermische Bohrungen in den Untergrund  
438 unterliegen zu Recht komplexen rechtlichen Anforderungen, um Schäden für die  
439 Umwelt möglichst auszuschließen. Gleichwohl sind für die Planung von  
440 geothermischen Bohrungen diese rechtlichen Vorgaben ein erhebliches  
441 Planungshemmnis, zeitlich und administrativ. Diese Hemmnisse wollen wir mit den  
442 Instrumenten der Raumordnung aus dem Weg schaffen, indem wir zum Beispiel  
443 Eignungsgebiete für die mitteltiefe und die tiefe Geothermie im  
444 Landesraumordnungsprogramm ausweisen. Aber auch Anlagen, die regenerative Wärme  
445 fördern, erzeugen oder speichern, wollen wir im bauplanungsrechtlichen  
446 Außenbereich privilegieren – also die Planung und Umsetzung schneller und

447 einfacher ermöglichen. Das gleiche gilt für den Innenbereich: Wir müssen  
448 Bürokratie abbauen, wenn wir Klimaschutzmaßnahmen unterstützen wollen.

#### 449 **Für eine kommunale Energie-Infrastrukturplanung**

450 Wir schaffen Verlässlichkeit für die Bürger\*innen und schützen  
451 Erdgasverbraucher\*innen vor massiven Kostensteigerungen. Das GEG sieht vor, dass  
452 ab 2045 kein Erdgas und kein Öl mehr zu Heizungszwecken verbrannt werden darf.  
453 Damit wird das Erdgas-Verteilernetz weitestgehend bereits in gut 20 Jahren  
454 überflüssig. Verläuft der Ausstieg aus dem kommunalen Erdgas-Verteilernetz  
455 ungeplant, werden vor allem die letzten Erdgasverbraucher\*innen mit hohen  
456 Netzkosten belastet, da die weitestgehend verbrauchsunabhängigen Kosten des  
457 bestehenden Netzes auf immer weniger Verbraucher\*innen verteilt werden müssen.  
458 Deshalb gehen wir GRÜNE in den Kommunen die Planung des Ausstiegs aus dem  
459 Erdgasnetz schon jetzt an. Wir treten dafür ein, die Planung des Ausstiegs aus  
460 dem Erdgasnetz in eine kommunale Energie-Verteilstrategie einzubetten. Sie  
461 sollte sowohl Infrastruktur zur Verteilung von Wärme als auch die Stromleitungen  
462 in den Blick nehmen. Denn auch die Stromleitungen müssen ausgebaut werden, wenn  
463 in einem Siedlungsbereich als Ergebnis der Wärmeplanung viele neue Wärmepumpen  
464 installiert werden müssen. Wir begrüßen die Bemühungen der kommunalen  
465 Gasnetzbetreiber, die neue Geschäftsmodelle für den Betrieb neuer kalter  
466 Nahwärme-Netze erstellen. Viele Industriebetriebe werden künftig neben Strom  
467 auch auf Wasserstoff angewiesen sein. *Wir setzen uns dafür ein, dass hier*  
468 *vorrasschauend zu planen. Wir benötigen ein flächendeckendes leistungsfähiges*  
469 *Stromnetz und Wasserstoffanschlüsse in allen Regionen. Abgehängte Räume dürfen*  
470 *im Rahmen der ökologischen Transformation nicht entstehen.*  
471 Die Bürger\*innen wie auch die Wirtschaft müssen sich darauf verlassen können,  
472 dass die Energie-Leitungsinfrastruktur nicht zum Hemmnis oder zur Kostenfalle  
473 ihrer früheren und künftigen Investitionsentscheidungen wird. Dafür stehen wir  
474 GRÜNE!

#### 475 **GRÜN wirkt**

476 Wir GRÜNEN haben im Bund und im Land in den letzten Monaten viel erreicht: Wir  
477 haben nach Putins verabscheuenswürdigen Überfall auf die Ukraine die real  
478 drohende Energiekrise mit all ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen  
479 abgewendet. Wir haben mit zahlreichen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen dafür  
480 gesorgt, zumindest die gravierendsten Folgen der massiven Preissteigerungen für  
481 Energie abzufedern. Und wir haben im Bund wie im Land die ersten notwendigen  
482 gesetzlichen Änderungen und Fördermaßnahmen zum Gelingen des erforderlichen  
483 Transformationsprozesse auf den Weg gebracht. Auch wenn in kurzer Zeit schon  
484 vieles erreicht ist: Es liegt noch viel Arbeit vor uns – allen voran in den  
485 Landkreisen, Städten und Gemeinden. Dass die Transformation unserer  
486 Energieversorgung gelingt, dass wir die zum Überleben der Menschheit auf unserem  
487 Planeten verbindlich geregelten Klimaziele einhalten und dabei für einen  
488 sozialen Ausgleich sorgen, dafür stehen nur wir GRÜNEN: In Europa, im Bund, in  
489 Niedersachsen und in unseren Städten und Dörfern. GRÜN wirkt weiter!

## **WA1** WIRKSAME MASSNAHMEN GEGEN HASS, HETZE UND ONLINE-SUCHT

Gremium: KV Wilhelmshaven  
Beschlussdatum: 29.09.2023  
Tagesordnungspunkt: 7. weitere Anträge

### Antragstext

490 Der öffentliche Diskurs wird zunehmend von Polarisierung und Hetze geprägt. Die  
491 Verbreitung von Fake-News und Verschwörungstheorien online nehmen zu und werden  
492 von immer mehr Menschen geglaubt.

493 Die Firmen, die Online-Plattformen betreiben, haften aktuell nicht für die  
494 vielen verleumderischen und volksverhetzenden Aussagen, die ihre User\*innen  
495 stündlich posten. Für solche Aussagen in einem Leserbrief müssen Zeitungen  
496 dagegen haften.

497 Fehlende Moderation und schwache Kontrollen führen dazu, dass Hetze und Lügen  
498 sehr lange online bleiben und manchmal überhaupt nicht gelöscht werden. Fake-  
499 Profile dürfen aktiv bleiben, weil eine hohe User\*innen-Anzahl gut für den  
500 Aktienpreis ist.

501 **Wir fordern unsere gewählten Vertreter\*innen in Berlin und Brüssel dazu auf,**  
502 **wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Demokratie vor Hass und Hetze zu**  
503 **schützen. Und wir fordern unseren Landesvorstand und unsere Landtagsfraktion**  
504 **dazu auf, diese Maßnahmen zu unterstützen.**

505 Die Forschung zeigt immer deutlicher, dass Social Media zu Depression, Sucht und  
506 anderen psychischen Problemen führen, vor allem unter Jugendlichen. Die  
507 Algorithmen haben das Ziel, die User\*innen möglichst lange vor dem Bildschirm zu  
508 halten. Sie ziehen polarisierende Inhalte vor, weil diese stärkere Reaktionen  
509 hervorrufen.

510 Apps zu installieren und sich Zugang zu Webseiten zu verschaffen, die nur ab 16  
511 oder 18 Jahren freigegeben sind, ist buchstäblich kinderleicht. Es fehlen  
512 effektive Kontrollen und ausreichende Moderation.

513 **Wir fordern unsere gewählten Vertreter\*innen in Berlin und Brüssel dazu auf,**  
514 **wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die digitale Welt für unsere Jugend sicherer**  
515 **zu gestalten und sie vor psychischen Problemen zu schützen. Und wir fordern**  
516 **unseren Landesvorstand und unsere Landtagsfraktion dazu auf, diese Maßnahmen zu**  
517 **unterstützen.**

**WA2** In Zeiten großer politischer Herausforderungen muss die politische Bildung in Niedersachsen weiter gestärkt werden!

Gremium: Kreisverband Diepholz

Beschlussdatum: 12.10.2023

Tagesordnungspunkt: 7. weitere Anträge

## Antragstext

518 Es gilt mehr denn je aktiv zur Gestaltung einer wehrhaften Demokratie  
519 beizutragen. Die Notwendigkeit der Verstärkung von sachbezogener  
520 Aufklärungsarbeit im Bereich der politischen Bildung, beim Umgang mit den sog.  
521 Sozialen Medien, zum Erkennen der Komplexität vieler Zusammenhänge, bei der  
522 Globalisierung und zur Entwicklung von mehr Gemeinsinn/Verantwortungsübernahme  
523 sowie des Zurückdrängens von Rassismus und Antisemitismus ist unbestritten und  
524 auch in Niedersachsen mehr als notwendig.

525 Deshalb fordern Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen die Arbeit der  
526 Landeszentrale für politische Bildung (LpB) zu stärken und weiter auszubauen.  
527 Notwendig ist auch eine stärkere regionale Präsenz und Vernetzung. Die LpB muss  
528 nahbar, ansprechbar und präsent in ihren Räumen und Häusern, in der Fläche, in  
529 Schulen und der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung sein. Die  
530 Vernetzung und Kooperation mit anderen Beratungseinrichtungen wie u.a. der  
531 mobilen Beratung, von Integrationsberatung usw. muss ebenfalls ausgebaut werden.  
532 Dies soll der Förderung einer pluralen Bildungslandschaft dienen.

533 Die LpB soll sich zu einer Fach- und Netzwerkstelle für politische Bildung und  
534 politischer Medienkompetenz entwickeln können. Ziel ist die Stärkung  
535 demokratischen Verhaltens auf allen Ebenen und das Gegensteuern bei Gefahren für  
536 unsere Demokratie. Flächendeckend soll ein breites Netzwerk entstehen. Hierzu  
537 muss auch die Präsenz in den sozialen Medien ausgebaut werden um u.a. auch  
538 besser junge Menschen erreichen zu können.

## Begründung

Begründung: Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung hat sich bereits als zentrale Anlaufstelle für politische Bildung in Niedersachsen etabliert. Das muss ausgebaut und verstärkt werden. Kernanliegen der LpB ist eine positive Erzählung und Erfahrung von Demokratie und die Förderung einer aktiven Beteiligung am demokratischen Willensprozess. Auch steht z.B. aktuell die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, zunächst bei der anstehenden Europawahl an, die vorbereitet und aktiv unterstützt werden muss. Eine aktive Auseinandersetzung mit Politik, die Erfahrung von Wirkmächtigkeit, Gestalten und Mitbestimmen zu können sind Elemente einer lebendigen Demokratie, die einem autoritären Politikverständnis entgegenstehen. Im Vergleich mit den Landeszentralen der anderen Bundesländer gibt es zudem einen großen Nachholbedarf seit der Wiedergründung in Niedersachsen und eigentlich bedarf es, gerade bei Betrachtung der aktuellen politischen Lage, keiner weiteren Begründung für o.g. Ausbau. Diese kann aber gerne auf der LDK nachgeholt werden.